

Fragen

für die Fragestunde der 35. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 6. Juni 2018

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 15	Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	43, 86
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	62, 63	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 84	Keuter, Stefan (AfD)	47, 48
Brandner, Stephan (AfD)	4, 34	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3
Brantner, Franziska, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36	Konrad, Carina (FDP)	24
Cezanne, Jörg (DIE LINKE.)	7, 8	Kotré, Steffen (AfD)	37
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	50, 51	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)	66, 67	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46, 73
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	68, 69	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6
Faber, Marcus, Dr. (FDP)	56	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 79
Frohnmaier, Markus (AfD)	54, 55	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 12	Luksic, Oliver (FDP)	13, 31
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 10	Meiser, Pascal (DIE LINKE.)	74, 75
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	57, 61	Mieruch, Mario (fraktionslos)	76, 77
Hoffmann, Bettina, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18	Nestle, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	70, 71
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	27, 28	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	58, 59
Hohmann, Martin (AfD)	38, 39	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	87, 88
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	40, 78		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42	Schreiber, Eva-Maria Elisabeth (DIE LINKE.)	49, 65
Petry, Frauke, Dr. (fraktionslos)	25, 26	Stumpp, Margit (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 53
Pflüger, Tobias (DIE LINKE.)	32	Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	72
Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 45	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	1, 2
Rottmann, Manuela, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	80, 81	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	21, 60
Saathoff, Johann (SPD)	64	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	82, 83
Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 85		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	10
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Hei- mat	13
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	25
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	26
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	28

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

1. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
Wie interpretiert die Bundesregierung die EU-Richtlinie 2013/55/EU hinsichtlich der Akademisierung der Hebammenausbildung, und welchen Handlungsbedarf sieht sie?
2. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
Welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die Hebammenausbildung gemäß der EU-Richtlinie 2013/55/EU bis zum 18. Januar 2020 auf die Hochschulebene zu überführen, und wie viel Geld wird sie für die Akademisierung zur Verfügung stellen?
3. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Geht die Bundesregierung nach wie vor davon aus, dass eine Realisierung des gesetzlichen Anspruchs auf Aktualisierung des elektronischen Medikationsplans beim Arzt oder Apotheker ab dem ersten Quartal 2019 möglich ist (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP auf Bundestagsdrucksache 19/849), und wenn nicht, worauf ist nach Auffassung der Bundesregierung diese Verzögerung zurückzuführen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

4. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung der prozentuale Anteil ausländischer Kfz-Halter und/oder -Führer an den jährlich seit 2012 insgesamt auf Bundesautobahnen und -straßen begangenen Geschwindigkeitsdelikten und Ordnungswidrigkeiten (bitte absolute Zahlen der Bußgeldfälle angeben), und in wie vielen Fällen wurde jeweils bei den ausländischen Kfz-Haltern und/oder -Führern sowie insgesamt das Bußgeld realisiert?

5. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Fahrzeugmodelle mit Dieselantrieb, deren Fahrzeuge in Deutschland zugelassen werden dürfen, erfüllen derzeit mindestens die Abgasnorm Euro-6d-TEMP (bitte Modelle unter Nennung der Abgasnorm auflisten)?
6. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen dauert das bereits im November 2016 gestartete Vergabeverfahren zur Veräußerung der Geschäftsanteile an der Toll Collect GmbH zum Betrieb des LKW-Mautsystems bis 2030 im Vergleich zu anderen Vergabeverfahren so lange, und wann soll das Vergabeverfahren abgeschlossen sein?
7. Abgeordneter
Jörg Cezanne
(DIE LINKE.)
- Kann im Rahmen der Mauterhebung der Mautbetreiber Toll Collect GmbH nach Kenntnis der Bundesregierung mautpflichtige LKW inzwischen nach Gewichtsklassen differenzieren (bitte unter Angabe des Zeitpunktes der technischen Inbetriebnahme der differenzierten Mauterfassung begründen), und wenn ja, welchen Einfluss hat dies auf die Vergütung derjenigen Projektgesellschaften, die im Rahmen Öffentlich-Privater Partnerschaften (ÖPP) Autobahnabschnitte betreiben und über eine Mautweiterleitung vergütet werden?
8. Abgeordneter
Jörg Cezanne
(DIE LINKE.)
- Durch welche Maßnahmen wurde diese Möglichkeit der Differenzierung nach Kenntnis der Bundesregierung geschaffen, und welche Einsparungen haben sich dadurch bisher im Kontext der Mautweiterleitung für den Bund ergeben (bitte für die betreffenden ÖPP getrennt ausweisen)?
9. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Liegt der Bundesregierung der Bericht der Industrievertreter über die Durchführbarkeit der Verbesserung der Sichtbarkeit bzw. Detektion von schwächeren Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern bei Manövern mit niedrigen Geschwindigkeiten, der im Januar 2018 vorhanden sein sollte, inzwischen vor (siehe Antwort der Bundesregierung zu Frage 65 auf Bundestagsdrucksache 19/370) und wenn nein, was tut die Bundesregierung, um das Thema auf EU-Ebene dennoch voranzutreiben?

10. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Personal- und Finanzmitteln ist die Stabsstelle Radverkehr und Verkehrssicherheit im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur ausgestattet, und welche Schwerpunkte plant die Stabsstelle in den nächsten sechs Monaten zu behandeln?
11. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung den finanziellen Mehraufwand aus einem Umbau sämtlicher Bahnsteige mit einer Bahnsteighöhe von 55 Zentimetern über Schienenoberkante auf eine Bahnsteighöhe von 76 Zentimetern über Schienenoberkante (inklusive hieraus resultierender Folgen wie etwa Umbau von Tunnelbahnhöfen, beispielsweise der S-Bahn Mitteldeutschland) für die Eisenbahninfrastrukturunternehmen und die Eisenbahnverkehrsunternehmen in Deutschland ein, und welcher zeitliche Mehraufwand ergibt sich nach Kenntnis der Bundesregierung für die Eisenbahninfrastrukturunternehmen aus dem Umbau aller Bahnsteige mit einer Bahnsteighöhe von 55 Zentimetern über Schienenoberkante auf eine Bahnsteigzielhöhe von 76 Zentimetern über Schienenoberkante?
12. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Länge hatte die Nettobahnsteiglänge aller Bahnsteige mit 55 Zentimetern Bahnsteighöhe und aller Bahnsteige mit 76 Zentimetern Bahnsteighöhe auf den Schienenwegen des Bundes im Jahr 2011 und im Jahr 2017?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

13. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Inwieweit unterstützt die Bundesregierung den Vorschlag des CSU-Europaabgeordneten Markus Ferber zur Einführung einer EU-weiten Plakette nach Schadstoffklassen für Umweltzonen zur Regelung von Einfahrverboten für bestimmte PKW und LKW, und wie will sich die Bundesregierung

dazu auf EU-Ebene positionieren (www.markusferber.de/verschiedenes/presse-aktuell-single-view/article/umweltzonen-markus-ferber-will-plakettenschungel-in-europa-beenden.html)?

14. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Für welche Reduktionsziele in den Jahren 2025 und 2030 setzt sich die Bundesregierung in den Verhandlungen über den Vorschlag der EU-Kommission zur CO₂-Regulierung von neuen Pkw und neuen leichten Nutzfahrzeugen nach 2021 (vgl. Ratsdokument 14217/17) insbesondere angesichts des Ziels der Bundesregierung ein, die Treibhausgasemissionen im Verkehrsbereich bis 2030 um 40 bis 42 Prozent gegenüber 1990 zu verringern, und inwiefern setzt sich die Bundesregierung zudem dafür ein, die stärkere Anrechnung von Elektrofahrzeugen (ZLEV-Faktor) zu streichen, um eine Abschwächung der herstellerspezifischen Reduktionsziele zu vermeiden?

15. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Mit welchen Akteuren welcher staatlichen oder nichtstaatlichen Institutionen stand und steht die Bundesregierung seit Anfang 2018 im Austausch bezüglich des EU-Kommissionsvorschlags zur Fortschreibung der CO₂-Regulierung für neu zugelassene Personenkraftwagen (Pkw) und leichte Nutzfahrzeuge (LNF) bis 2030 (KOM(2017) 676 endg.; bitte mit Angabe des Datums und der beteiligten Personen und Institutionen)?

16. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie positioniert sich die Bundesregierung zu den Plänen der EU-Kommission, bestimmte Einweg-Kunststoffprodukte (Einweg-Plastikgeschirr, Einweg-Plastikbesteck, Strohhalme, Wattestäbchen aus Plastik, Plastikhalterungen von Luftballons) zu verbieten (vgl. www.sueddeutsche.de/wirtschaft/plastikmuell-vermeiden-eu-kommission-will-plastikgeschirr-verbieten-1.3992079), und inwiefern unterstützt die Bundesregierung die Initiative, eine europäische Steuer auf Plastik zu erheben, wie sie der EU-Kommissar Günther Oettinger zu einem früheren Zeitpunkt vorgeschlagen hatte?

17. Abgeordnete
Dr. Bettina Hoffmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung zu den Plänen der EU-Kommission zur Einführung einer Abgabe auf nicht wiederverwertete Kunststoffe hinsichtlich ihrer Lenkungswirkung zur Vermeidung von Plastik, und wird die Bundesregierung die EU-Kommission bei der Einführung einer solchen EU-weiten Abgabe unterstützen?
18. Abgeordnete
Dr. Bettina Hoffmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Sammelquote für nicht bepfandete Einweg-PET-Flaschen und Getränkekartons in Deutschland, und wird die Bundesregierung den Einwegpfand auf alle Getränkeverpackungen ausweiten, um die im Richtlinienentwurf der EU-Kommission geforderte Sammelquote von 90 Prozent für alle Einweg-Getränkeflaschen zu erreichen?
19. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Zeitplan verfolgt die Bundesregierung, um ein eigenes Maßnahmenpaket zur Senkung des Plastikverbrauchs in Deutschland vorzulegen, angesichts des am 28. Mai 2018 vorgelegten Richtlinienvorschlags der EU-Kommission zur Vermeidung von umweltschädlichem Einweg-Plastik, und wie wird sich die Bundesregierung in den anstehenden Beratungen der Richtlinie im Ministerrat positionieren?
20. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung zu den Plänen der EU-Kommission zur Reduktion der Verschmutzung der Meere durch Fischfanggeräte in dem am 28. Mai 2018 vorgelegten Richtlinien-vorschlag, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in dieser Angelegenheit seit Verabschiedung des Antrags auf Bundestagsdrucksache 18/12944 ergriffen bzw. wird sie ergreifen?
21. Abgeordneter
Hubertus Zdebil
(DIE LINKE.)
- Für welche Atomkraftwerksblöcke in Belgien und Frankreich liegen der Bundesregierung Anträge oder Genehmigungen für die Lieferung von Kernbrennstoffen (BAFA oder BfE) aus den Uranfabriken Gronau oder/und Lingen vor, und für welchen jeweiligen Lieferzeitraum sind diese beantragt?

22. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Gibt es bereits einen Zeitplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) zur Umsetzung einer gesetzlichen Beendigung der hiesigen Urananreicherung und Brennelemente-Fertigung (ggf. bitte konkret angeben; vgl. hierzu die vom BMU am 15. November 2017 online veröffentlichten Rechtsgutachten von Prof. Dr. Wolfgang Ewer und Dr. Sabine Konrad sowie Abschnitt „Atompolitik“ im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD), und gibt es bereits einen Zeitplan des BMU für eine gesetzliche Neuregelung, damit im Bereich Atomkraft sowie nukleare Ver-/Entsorgung geheimhaltungsbedürftige Unterlagen unter Wahrung des Geheimschutzes zukünftig angemessen in verwaltungsgerichtliche Verfahren eingebracht werden können (ggf. bitte konkret angeben; vgl. hierzu Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 69 auf Bundestagsdrucksache 18/11078 sowie ebenfalls Abschnitt „Atompolitik“ im o. g. Koalitionsvertrag)?

23. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aus welchen Gründen ist in dem Gesetzentwurf der Bundesregierung für eine 16. Atomgesetz-Novelle, den sie am 23. Mai 2018 im Kabinett beschloss, nicht mehr die Ausschlussregelung enthalten, dass Atomkraftwerke-Elektrizitätsmengen, für die vom Bund ein Ausgleich geleistet wurde, nicht mehr auf andere Atomkraftwerke übertragen werden können, die in der Entwurfsfassung dieses Gesetzentwurfs vom 27. April 2018, über die am 1. Mai 2018 unter anderem die „taz.tageszeitung“ berichtete, noch enthalten waren, und von wem erhielt die Bundesregierung Stellungnahmen im Zuge der Länder- und Verbändeanhörung für diesen Gesetzentwurf?

24. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)

Hat die Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass Artikel 16 der FFH-Richtlinie u. a. einen „günstigen Erhaltungszustand“ für Ausnahmen von den strengen Schutzbestimmungen für wildlebende Tierarten vorsieht, bereits Maßnahmen eingeleitet, um den günstigen Erhaltungszustand für die Art „Wolf“ festzustellen?

25. Abgeordnete
Dr. Frauke Petry
(fraktionslos)
- Wie hoch sind die finanziellen Förderungen von Projekten und Institutionen bzw. Organisationen, die die Bundesministerien im Rahmen des Wolfsmonitorings seit dem Jahr 2004 geleistet haben (bitte die Höhe der Förderungen pro Projekt bzw. Organisation und Institution angeben)?
26. Abgeordnete
Dr. Frauke Petry
(fraktionslos)
- Welche Unternehmen und Institutionen hatten sich beworben, um „nationales Referenzzentrum für genetische Untersuchungen bei Luchs und Wolf“ zu werden, und welche konkreten Entscheidungskriterien wurden für die Auswahl angewendet (bitte alle Bewerber nennen und alle als Entscheidungsgrundlage festgelegten Bewertungs- und Auswahlkriterien auflisten)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

27. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Vorschlag, Entwicklungsgelder für diejenigen Länder zu kürzen, die nicht oder unzureichend bei der Rücknahme von Flüchtlingen/Migranten kooperieren (Bezug: www.spiegel.de/politik/deutschland/alexander-dobrindt-csu-landesgruppenchef-beklagt-anti-abschiebeindustrie-a-1206430.html), und welche Länder, dortigen Bereiche oder Projekte wären von eventuellen Kürzungen konkret betroffen?
28. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Hat die Bundesregierung konkrete Konzepte dafür, wie Maßnahmen (z. B. Sanktionen oder Anreize) zur Rücknahmekooperation und Maßnahmen zur Fluchtursachenbekämpfung im Zusammenspiel und sich gegenseitig unterstützend gestaltet und umgesetzt werden können, und auf welchen Annahmen oder Erfahrungswerten beruhen diese?

29. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann soll nach Kenntnis der Bundesregierung im Ministerrat erneut über das Verhandlungsmandat für ein Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP) abgestimmt werden, nachdem eine Einigung zuletzt an der Weigerung Ungarns scheiterte, und hält die Bundesregierung den geplanten Verhandlungsstart mit den AKP-Staaten im August 2018 sowie den geplanten Abschluss im Jahr 2020 für realistisch?
30. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Entscheidung Ruandas, keine Altkleiderimporte mehr zuzulassen, und inwiefern hält die Bundesregierung Altkleiderexporte von Europa nach Afrika für ein geeignetes Mittel, um eine nachhaltige Entwicklung in Afrika zu ermöglichen?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

31. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Wurde das Bundeskanzleramt bereits im März 2015 in einer Stellungnahme an den damaligen Kanzleramtschef Peter Altmaier darüber informiert, dass Autohersteller Fahrzeuge so programmierten, dass sie die Zulassungstests für die Schadstoffnormen Euro 5 und Euro 6 bestanden, die Grenzwerte in der Praxis aber um ein Vielfaches überschritten und dadurch in deutschen Städten Fahrverbote für Dieselfahrzeuge drohten (Artikel in der Zeitschrift WirtschaftsWoche vom 4. Mai 2018, S. 7), und welche Maßnahmen wurden daraufhin seitens der Bundesregierung im Frühjahr 2015 eingeleitet?
32. Abgeordneter
Tobias Pflüger
(DIE LINKE.)
- Inwiefern hat die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan für einen Termin nach den im Juni 2018 stattfindenden Wahlen in der Türkei nach Berlin eingeladen, wie in türkischen Medien berichtet wurde (www.merkur.de/politik/tuerkische-medien-merkel-laedt-erdogan-nach-deutschland-ein-zr-9909422.html), und wieso gab es angesichts der politischen Bedeutung vor den Wahlen (m.fr.de/politik/einladung-an-erdogan-tuerkischer-

oppositioneller-wirft-merkel-parteinahme-vor-a-1515561) bis zum Zeitpunkt der Fragestellung weder ein öffentliches und offizielles Dementi noch eine Klarstellung aus der Bundesregierung?

33. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung für die Telekommunikationsüberwachung durch den Bundesnachrichtendienst aus dem Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht (Az. 6 A 3.16), vor allem aus der Kritik des dortigen Senatsvorsitzenden Ingo Kraft an der mangelnden Präzision der Überwachungsanordnungen sowie der verwendeten Datenfilter, wodurch selbst bei nur 1 bis 2 Prozent Fehlerquote täglich zehntausende Verbindungen Deutscher entgegen Artikel 10 GG unberechtigt erfasst würden (vgl. www.faz.net/aktuell/wirtschaft/diginomics/de-cix-gegen-bnd-komplize-wider-willen-15616521.html), und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung ferner aus der dort erhobenen Kritik (a. a. O.), dass bei der Überwachung innerdeutscher Zugangsanbieter durch den BND stets mindestens ein Teilnehmer geschützter Deutscher sei und entgegen § 10 Absatz 4 Satz 3 G 10 weit mehr als nur 20 Prozent der Leitungskapazitäten überwacht werde, da diese real nur zu 30 bis 40 Prozent mit Daten ausgelastet würden (www.golem.de/news/bundesverwaltungsgericht-bnd-darf-den-de-cix-abhoeren-1805-134685.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

34. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

In welcher Gesamthöhe und in wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2013 jährlich Unterstützungsleistungen für sogenannte Flüchtlinge (Unterhaltszahlungen an Bürgerkriegsflüchtlinge als außergewöhnliche Belastung, steuerliche Absetzung von Geld- und Sachspenden, steuerliche Berücksichtigung ehrenamtlicher Tätigkeit) von der Steuer abgesetzt?

35. Abgeordneter
**Christian Kühn
(Tübingen)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigte steuerliche Förderung für energetische Gebäudesanierung von Wohngebäuden von der Bundesregierung umgesetzt?
36. Abgeordnete
**Dr. Franziska
Brantner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Positionen vertritt die Bundesregierung in den deutsch-französischen Gesprächen über die Reform der EU, die laut dem französischen Finanzministerium vom 16. Mai 2018 (vgl. www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/olaf-scholz-und-bruno-le-maire-finanzminister-suchen-nach-loesungen-in-der-iran-frage-a-1208135.html) ein ganzes Maßnahmenpaket für die Eurozone umfassen soll, vor dem Hintergrund, dass der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD die Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem parlamentarisch kontrollierten Europäischen Währungsfonds, der im Unionsrecht verankert ist, die Einführung spezifischer Haushaltsmittel für wirtschaftliche Stabilisierung und soziale Konvergenz und für die Unterstützung von Strukturreformen in der Eurozone vorsieht, und die Bundeskanzlerin in ihrer Rede vom 16. Mai 2018 im Deutschen Bundestag davon spricht, den ESM weiterentwickeln und ihm auch Aufgaben in Richtung eines internationalen Währungsfonds geben zu wollen, bei dem auch ein Common Backstop angesiedelt sein könnte, darüber hinaus die Konvergenz und die Stabilität der Eurozone sicherstellen und die Eurozone mit einem Investitionshaushalt oder ähnlichem ausstatten zu wollen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern,
für Bau und Heimat**

37. Abgeordneter
Steffen Kotré
(AfD)
- Sieht die Bundesregierung deutsche Sicherheitsinteressen gefährdet, wenn Chinas Marktführer HUAWEI für die Deutsche Telekom AG deren alte Kupferleitungen leistungsfähiger macht und das unter dem Gesichtspunkt, dass US-Behörden die HUAWEI-Technik als „Gefahr für die nationale Sicherheit“ ansehen (WirtschaftsWoche Ausgabe 18, 27. April 2018, S. 8)?

38. Abgeordneter
Martin Hohmann
(AfD) Wie viele der sogenannten deutschen Wolfskinder (in Zahlen und anteilig) haben nach Kenntnis der Bundesregierung bereits eine Entschädigung als deutsche Zwangsarbeiter bekommen?
39. Abgeordneter
Martin Hohmann
(AfD) Welche Aufwendungen hat die Bundesregierung für Informationsverbreitung und die Übersetzung der Antragsformulare in leicht verständliches Deutsch bzw. Litauisch aufgebracht (www.n-tv.de vom 30. Dezember 2017)?
40. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.) Welche Konsequenzen oder eigenen Untersuchungen gedenkt die Bundesregierung nun einzuleiten, nachdem die Wiener Wochenzeitung „FALTER“ schreibt, dass bei Durchsuchungen im österreichischen Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) nicht nur Daten geheimerdienstlicher Quellen abgeflossen sind, sondern auch das Kommunikationsnetzwerk zwischen dem BVT und den internationalen Partnerdiensten („Netzwerk Neptun“) sowie Kopien der Police Working Group on Terrorism beschlagnahmt wurden („FALTER veröffentlicht alarmierende Mails aus dem BVT“ vom 29. Mai 2018), wozu dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat bzw. dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) am 23. Mai 2018 noch „keinerlei Kenntnisse“ vorlagen und man diesbezüglich auf beim BVT geführte „interne Ermittlungen, um den Sachverhalt vollumfänglich aufzuklären“ vertraut (Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 19 des Abgeordneten Dr. Diether Dehm auf Bundestagsdrucksache 19/2334; bitte mitteilen, inwiefern sich die abwartende Haltung nach dem Bericht ändert), und zu welchen Aspekten hat die IT-Abteilung des BVT im Vorfeld der Razzia „engen Kontakt“ mit „deutschen Kollegen“ unterhalten („Causa BVT: ‚Den musst behalten, der weiß zu viel‘“, derStandard.at vom 11. Mai 2018)?
41. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung darüber, inwiefern es im Zusammenhang mit dem Verkauf des Palais an der Oper in München im Jahr 2013 Geldwäscheverdachtsanzeigen oder -meldungen durch die als Verkäuferin auftretende Landesbank Baden-Württemberg oder andere gegeben hat (DER SPIEGEL 2/2013, www.spiegel.de/spiegel/print/d-90438206.html), und welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung darüber,

inwiefern es im Zusammenhang mit dem Verkauf des Kudamm-Karrees in Berlin an private Investoren im Jahre 2014 Geldwäscheverdachtsanzeigen oder -meldungen durch die an der Finanzierung beteiligte Bayerische Landesbank oder andere gegeben hat (Pressemitteilung JLL 12/2014, www.jll.de/germany/de-de/presse/1515/cells-bauwelt-gmbh-erwirbt-berliner-kudamm-karree)?

42. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung darüber, inwiefern es im Zusammenhang mit dem Verkauf des Luxushotels am Opernplatz in Frankfurt am Main an einen russischen Investor Geldwäscheverdachtsanzeigen oder -meldungen durch die am Verkauf beteiligte Hessische Landesbank oder andere gegeben hat (FAZ 04/2016, www.faz.net/aktuell/rhein-main/panama-papers-verweisen-auf-frankfurter-hotel-am-opernplatz-14186020.html), und welche Rolle spielen die Landesbanken nach Ansicht der Bundesregierung bei der Bekämpfung von Geldwäsche im Immobiliensektor?

43. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

In wie vielen der durch die Interne Revision des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) überprüften knapp 4 600 Asylverfahren hat sich herausgestellt, dass die Asylsuchenden hinsichtlich ihrer (jesidischen) Identität/Herkunft (aus Syrien bzw. Irak) getäuscht und die Beschäftigten des BAMF dies gewusst haben (bitte so ausführlich wie möglich darstellen), und stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, dass abgesehen von solchen Fällen der Täuschung die Asylsuchenden ganz überwiegend – unabhängig von etwaigen internen Verfahrensverstößen in der BAMF-Außenstelle in Bremen – bundesweit mit einem Schutzstatus in Deutschland rechnen konnten, angesichts von Schutzquoten jesidischer Asylsuchender aus dem Irak bzw. aus Syrien in den Jahren 2015 und 2016 in Höhe von 90 bis 100 Prozent (vgl. z. B. Bundestagsdrucksache 18/11589, Anlage zu Frage 2f, bitte ausführen)?

44. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie wird in dem Konzept für das Pilotprojekt Ankunfts-, Entscheidungs-, Verteilungs- und Rückführungseinrichtung (AnKER) auf den Schutz von besonders Schutzbedürftigen nach der EU-Aufnahmerrichtlinie (Richtlinie 2013/33/EU, [http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32013L0033)

3A32013L0033), namentlich (unbegleitete) Minderjährige, Menschen mit Behinderung, Menschen mit schweren körperlichen oder psychischen Erkrankungen, Schwangere, Alleinerziehende, Opfer von Menschenhandel, Folter oder psychischer, physischer und sexueller Gewalt sowie ältere Menschen und LSBTTIQ-Personen, eingegangen, und inwiefern wird das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend daran beteiligt?

45. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie haben sich die einzelnen Bundesländer in den Gesprächen mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat zu der Bereitschaft, am AnKER-Zentren-Pilotprojekt teilzunehmen, im Einzelnen positioniert, und welche zwölf Standorte werden von der Bundesregierung favorisiert?

46. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viele Bundesbeamte in den Ministerien sind nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell beurlaubt, um einem Arbeitsverhältnis in der freien Wirtschaft nachzugehen, und wie verteilen sich die Beurlaubungen auf die Branchen Automobilindustrie, Energie, Gesundheit und Chemie?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

47. Abgeordneter
Stefan Keuter
(AfD)

Aus welchen Gründen sind die Zuwendungen an den UNHCR von 19,2 Mio. US-Dollar im Jahr 1997 über 33,2 Mio. US-Dollar im Jahr 2007 auf 476,9 Mio. US-Dollar im Jahr 2017 gestiegen (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 9 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 19/1902)?

48. Abgeordneter
Stefan Keuter
(AfD)

Für welche Aktivitäten oder Programme des UNHCR werden diese Gelder nach Kenntnis der Bundesregierung verwendet?

49. Abgeordnete
**Eva-Maria
Elisabeth
Schreiber**
(DIE LINKE.)

Inwiefern stellt der Finanzsektor für die Bundesregierung eine Branche mit besonderen menschenrechtlichen Risiken dar, und wie gedenkt die Bundesregierung angesichts verschiedener Beispiele, wie einer Finanzierung des Wasserkraftwerks Hidroituango in Kolumbien durch die KfW-IPEX-Bank (www.dw.com/de/kolumbien-wasserkraftwerk-droht-dammbruch/a-43882619) oder eines gebrochenen Staudamms der Firma Samarco (ein Gemeinschaftsunternehmen der Firmen BHP Billiton und Vale) in Mariana in Brasilien, welche wiederum durch die Deutsche Bank mitfinanziert wurden und werden (www.fr.de/wirtschaft/deutsche-bank-schmutziges-geschaefft-a-1511974; www.facing-finance.org/files/2018/05/DP6_ONLINEXVERSION.pdf), den Finanzsektor bei der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte in die Pflicht zu nehmen, damit dieser seinen umwelt- und menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten nachkommt?

50. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Wie viele ehemalige IS-Kämpferinnen und -Kämpfer einschließlich Familienangehörigen mit deutscher Staatsangehörigkeit befinden sich nach Kenntnis der Bundesregierung in syrischen Flüchtlingslagern (Männer, Frauen und Kinder), und wie viele werden von der Bundesregierung konsularisch betreut, indem zum Beispiel ihre Ausreise nach Deutschland organisiert wird (www.spiegel.de/video/von-hamburg-in-den-is-deutsche-is-frauen-video-99017886.html)?

51. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwiefern kann die Bundesregierung ausschließen, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen gehäuften Krebsfällen in Serbien und dem Einsatz von rund 10 Tonnen Munition mit abgereichertem Uran durch die NATO während des Krieges 1999, und inwiefern teilt die Bundesregierung die Bewertung des US-Botschafters in Belgrad, Kyle Scott, der drastische Anstieg von Krebsfällen in Serbien hänge nicht mit den uranhaltigen NATO-Bomben vor 19 Jahren zusammen, „sondern mit dem ungesunden Lebensstil der Serben und rückständiger Medizin“ (www.aerzteblatt.de/nachrichten/95263/Debatte-in-Serbien-um-Nato-Uranbomben-als-Krebsausloeser)?

52. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Visa wurden im letzten Jahr an Reporterinnen und Reporter aus Ländern vergeben, in denen die Lage für die Pressefreiheit von der Organisation Reporter ohne Grenzen als schwierig oder sehr ernst eingestuft wurde, und wie viele Anträge sind aus solchen Ländern gestellt worden?
53. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie sind die Kriterien für die Visavergabe an gefährdete Reporterinnen und Reporter?
54. Abgeordneter
Markus Frohnmaier
(AfD)
- Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Festnahme und Inhaftierung des britischen Bürgerjournalisten Tommy Robinson am 25. Mai 2018, welcher zum Zeitpunkt der Festnahme über ein Strafgerichtungsverfahren gegen eine Bande mutmaßlicher Sexualstraftäter berichtete, vor dem Hintergrund der Menschenrechtslage im Vereinigten Königreich, insbesondere der Presse- und Meinungsfreiheit des Betroffenen, sowie vor dem Hintergrund nicht auszuschließender gewalttätiger Übergriffe auf den als Islamkritiker bekannten Tommy Robinson, der an seinem Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit geschädigt werden könnte (<https://jungefreiheit.de/politik/ausland/2018/wildersfordert-freilassung-von-tommy-robinson/>)?
55. Abgeordneter
Markus Frohnmaier
(AfD)
- Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem am 25. Mai 2018 von einem britischen Richter verhängten landesweiten Berichterstattungsverbot über den Strafprozess vom selben Tag, in dem der britische Bürgerjournalist Tommy Robinson wegen der Berichterstattung über ein Strafgerichtungsverfahren gegen eine Bande mutmaßlicher Sexualstraftäter verurteilt wurde, vor dem Hintergrund der Demokratie- und Menschenrechtslage im Vereinigten Königreich, insbesondere der Presse- und Meinungsfreiheit aller britischen Bürger und im Vereinigten Königreich ansässigen Medien, die von

einem solchen landesweiten Berichterstattungsverbot betroffen sind (www.foxnews.com/world/2018/05/26/right-wing-activist-tommy-robinson-reportedly-jailed-after-filming-outside-child-grooming-trial.html)?

56. Abgeordneter
Dr. Marcus Faber
(FDP)

Warum begeht die Bundesregierung, im Speziellen das BMVg, BMI und AA, seit 2013 den am 29. Mai weltweit begangenen „International Day of United Nations Peacekeepers“, welcher 2003 von der UN-Generalversammlung beschlossen wurde und auf den weltweiten Einsatz von Soldaten, Polizisten und Zivilexperten für Gewaltein-dämmung und Friedensförderung in Krisengebieten aufmerksam machen soll, nicht auch einheitlich an diesem Tag in Deutschland?

57. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Inwiefern handelt es sich laut Bundesregierung in Anbetracht der erneuten Eskalation am 25. Mai 2018 und der darüber hinaus bekannten katastrophalen humanitären Situation in dem „Hotspot“ Moria auf der griechischen Insel Lesbos (www.fr.de/politik/flucht-zuwanderung/fluechtlingslager-moria-gewaltausbruch-auf-lesbos-a-1513680), dessen Einrichtung unter anderem eine Konsequenz des sogenannten EU-Türkei-Deals darstellte, bei der EU-Türkei-Erklärung um einen „gemeinsamen Erfolg“, der dazu beigetragen habe, die Zahl der Todesfälle auf der Überfahrt zu verringern, „die Zahl der irregulären Ankünfte auf den griechischen Inseln deutlich zu reduzieren, die Inseln somit zu entlasten, das Geschäftsmodell von Schleusern zu zerschlagen“ (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, Bundestagsdrucksache 19/810), insbesondere im Hinblick darauf, dass die Menschen nun auf den Inseln festsitzen und sich damit die Situation weiter zuspitzt (www.proasyl.de/thema/eu-tuerkei-deal/)?

58. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern plant die Bundesregierung angesichts ihrer Sorgen über „repressive Maßnahmen gegen Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger“, die „Haftbedingungen in offiziellen Hafteinrichtungen“, vermehrte Verfolgung von Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung, eine nachvollziehbare Verschlechterung der Presse- und Meinungsfreiheit seit 2014 und „massive [...] Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit im Vorfeld der Wahlen“

(vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bundestagsdrucksache 19/2020) bei der im Juni 2018 anstehenden 38. Sitzung des VN-Menschenrechtsrats eine Resolution zur Lage in Ägypten einzubringen oder zu unterstützen, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

59. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Umgang russischer Staatsfirmen mit den jüngsten Schiedsverfahren in Stockholm und Den Haag (vgl. www.sueddeutsche.de/wirtschaft/annexion-der-krim-zahlen-bitte-1.3975612 und www.reuters.com/article/us-ukraine-naftogaz-gazprom/naftogaz-asks-swiss-courts-to-force-gazprom-to-pay-2-6-billion-settlement-idUSKCN1IV1CF) im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Gazprom bei der Pipeline Nord Stream 2?
60. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)
- Mit welchen Firmen hat die Bundesregierung bereits Gespräche über Erprobungsmaßnahmen gemäß § 13a Absatz 2 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes, die den Zweck haben, die Auswirkungen von Fracking auf die Umwelt wissenschaftlich zu erforschen, geführt, und welche Firmen haben Interesse bekundet?
61. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Inwiefern geht die Bundesregierung dem Verdacht nach, dass aufgrund von Spendenzahlungen im Jahr 2010 der Rüstungsfirma Heckler & Koch in Oberndorf an CDU und FDP Einfluss genommen wurde von FDP- und CDU-Politikern auf Entscheidungen im Bundessicherheitsrat im Falle von Waffenlieferungen nach Mexiko (www.taz.de/15504160/)?

62. Abgeordnete
**Annalena
Baerbock**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kontakte gab es zwischen dem Waffenhersteller Heckler & Koch und dem ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Ernst Burgbacher (FDP) in den Jahren 2009 bis 2013 (bitte unter Angabe des Inhalts, der Art des Kontaktes und Datums nennen), und liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, dass Ernst Burgbacher (finanzielle) Zuwendungen erhielt (bitte unter Angabe der Höhe)?
63. Abgeordnete
**Annalena
Baerbock**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung bezüglich der neu geplanten Übernahme von 20 Prozent – welche als kritische Infrastruktur gilt – am Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz durch den chinesischen Staatskonzern SGCC vor dem Hintergrund ihrer Antwort auf Bundestagsdrucksache 19/1600 die rechtlichen Grundlagen im Hinblick auf eventuell erforderliche Anpassungen zu überprüfen, und welche Gespräche zwischen der Bundesregierung und der SGCC gab es explizit zum zweiten Übernahmeversuch (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/stromnetze-chinesen-lassen-nicht-locker-und-wollen-wieder-anteile-an-50hertz-uebernehmen/22581274.html?ticket=ST-3322242-IHGbCfxiw6DFvaHcTGf5-ap3)?
64. Abgeordneter
Johann Saathoff
(SPD)
- Wann plant die Bundesregierung, das Strategiepapier zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland vom 8. Juli 2015, nach dem die nationalen verteidigungsindustriellen Schlüsseltechnologien identifiziert sowie Maßnahmen zu deren Erhalt bzw. Förderung festgelegt werden, zu evaluieren, sodass die Beschlüsse des Parlaments und des Koalitionsvertrags zwischen CDU, CSU und SPD hinsichtlich der Einstufung von Überwasserschiffbau als Schlüsseltechnologie umgesetzt werden können (vgl. Bundestagsdrucksachen 18/6328 und 18/11725)?
65. Abgeordnete
**Eva-Maria
Elisabeth
Schreiber**
(DIE LINKE.)
- Was gedenkt die Bundesregierung angesichts der aktuellen Vorkommnisse im Rahmen des Wasserkraftwerks Hidroituango in Kolumbien zu tun, welches durch die KfW-IPEX-Bank mitfinanziert wird und bei dem derzeit aufgrund eines drohenden Dammbruchs über 25 000 Menschen evakuiert werden (www.dw.com/de/kolumbien-wasserkraftwerk-droht-dammbruch/a-43882619), und welche Schlüsse für die Transparenz und menschenrechtliche Folgenabschätzungen von KfW-

IPEX-Projekten zieht die Bundesregierung aus den Aussagen der KfW-IPEX-Bank, dass sie – trotz einer drohenden Katastrophe für die Menschen und Umwelt dort – alle eigenen Standards erfüllt habe (www.epo.de/index.php?option=com_content&view=article&id=14681:kolumbien-ngos-kritisieren-umstrittenes-staudammprojekt&catid=29&Itemid=71)?

66. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die potentiellen Auswirkungen der vom US-Präsidenten Donald Trump in Auftrag gegebenen Prüfung von Strafzöllen auf Automobilprodukte auf die deutsche Automobilindustrie?

67. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)

In welchem Zusammenhang steht die Diskussion um eine Erleichterung der Einfuhr von US-Flüssiggas und der Verhinderung weiterer US-Strafzölle auf deutsche und europäische Produkte?

68. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Weshalb wurden nach Kenntnis der Bundesregierung die am 22. Mai 2018 vom Handelsminister rat beschlossenen Mandatstexte für die Handelsabkommen mit Australien und Neuseeland nicht öffentlich zugänglich gemacht, obwohl der Rat sich eindeutig zu mehr Transparenz bei der Veröffentlichung von Handelsdokumenten bekannt hat, und wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Dokumente veröffentlicht werden?

69. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Kritik (z. B. den offenen Brief des DGB; www.fr.de/wirtschaft/freihandel-abkommen-im-eilverfahren-a-1501596) am sehr kurzen Zeitraum, der zwischen Übersetzung/Rechtsprüfung der Vertragstexte des Handelsabkommens JEFTA und dem Beschluss im Ministerrat der EU liegt und eine Beteiligung des Bundestages kaum möglich macht, und für welches genaue Datum (bitte Tag und Monat nennen) für den Beschluss wird sich die Bundesregierung als Konsequenz einsetzen?

70. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie soll die erfolgte Aufnahme von Netzausbauvorhaben in den Netzentwicklungsplan (NEP), wie in der Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/1680 angegeben, verhindern, dass die Prüfung der wiederkehrenden Vergütung die Umsetzung der Netzausbauvorhaben verzögert, und wie sollen Verhandlungen mit Landeigentümern sinnvoll geführt werden, wenn der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD die Grundlagen der Bezahlung – einmalig oder wiederkehrend – dezidiert als nicht festgelegt benennt?
71. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sieht die Bundesregierung durch die erneute Verzögerung der für den 9. Mai 2018 vorgesehenen Beratung im Kabinett (www.energate-messenger.de/news/183476/regierung-vertagt-eeg-und-kwkg-aber-mals) Erneuerbare-Energien-Gesetz- und Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz-Novelle die Neuregelung der Onshore-Windausschreibungsrunde gefährdet (bitte erläutern), und plant die Bundesregierung, weiterhin die Sonderausschreibungen auf mehrere Ausschreibungstermine zu strecken (bitte auch erläutern)?
72. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Entwicklung der Stromnetzsituation im sogenannten Netzausbaugebiet in den kommenden fünf Jahren hinsichtlich der Netzauslastung ein, und will die Bundesregierung an den Einschränkungen für den Ausbau der Windenergie in dieser Region über den 31. Dezember 2020 hinaus festhalten (vgl. Verordnung zur Ausführung der Erneuerbare-Energien-Verordnung, Erneuerbare-Energien-Ausführungsverordnung – EEAV)?
73. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kernziele vertritt die Bundesregierung aktuell bei den Verhandlungen auf EU-Ebene bezüglich der Energy Efficiency Directive und der Renewable Energy Directive?

74. Abgeordneter
Pascal Meiser
(DIE LINKE.)
- Sieht die Bundesregierung, insbesondere unter Berücksichtigung des Achmea-Urteils des EuGH, Möglichkeiten, um im Falle eines Schiedsspruchs des ICSID zu Gunsten der Klage von Vattenfall gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen des Atomausstiegs die Annullierung des Schiedsspruchs nach den Arbitrage-Vorgaben der UNCITRAL zu beantragen, und wenn ja, plant sie, von diesen Möglichkeiten Gebrauch zu machen?
75. Abgeordneter
Pascal Meiser
(DIE LINKE.)
- Stünden eventuelle Entschädigungszahlungen infolge eines Schiedsspruchs des ICSID im Fall der Klage von Vattenfall gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen des Atomausstiegs nach Kenntnis der Bundesregierung in Widerspruch zu bestehenden EU-Verträgen und sich daraus ergebenden Verpflichtungen, und falls ja, welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Rechtmäßigkeit eventueller Entschädigungszahlungen (bitte mögliche Verpflichtungen auflisten)?
76. Abgeordneter
Mario Mieruch
(fraktionslos)
- Gab es vor der am 17. August 2017 übermittelten finalen gutachterlichen Vorlage zur Übernahme einer Bundesgarantie für den von der Bundesregierung in Aussicht gestellten KfW-Massekredit von der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC) bereits vorläufige gutachterliche Vorlagen oder Stellungnahmen, mündliche oder schriftliche Informationen von PwC an die Bundesregierung über die Intention der finalen Vorlage (vgl. hierzu auch Bundestagsdrucksache 19/1402, Frage 2)?
77. Abgeordneter
Mario Mieruch
(fraktionslos)
- Wann lagen diese Informationen der Bundesregierung, Ministerialbeamten oder sonstigen Mitarbeitern der Bundesregierung vor?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz**

78. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Über welche Gebiete flog der ehemalige Justiz- und heutige Außenminister Heiko Maas mit der als besonders rechts geltenden (www.taz.de vom 24. März 2018) Justizministerin Ayelet Shaked von der Siedlerpartei bei seinem Besuch in Israel im vergangenen Jahr, wozu das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) „die israelische Seite in der Vorbereitung des Besuchs [...] ausdrücklich schriftlich in Übereinstimmung mit ihrer völkerrechtlichen Haltung zum israelischen Staatsgebiet darauf hingewiesen [hat], dass der Hubschrauber-Rundflug nicht über den seit 1967 besetzten Gebieten durchgeführt werden darf“ (meine Schriftliche Frage 59 auf Bundestagsdrucksache 19/2217), der nach Medienberichten aber genau dort erfolgte („Ihn schickt der Himmel“, www.taz.de vom 24. März 2018; „Junge Freunde“, FAZ vom 6. Mai 2018), und wozu mir das BMJV auch nach einer Beschwerde wegen der Nichtbeantwortung meiner Fragen nicht zu Konsequenzen für den Bundesminister antworten wollte (Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Lange vom 25. Mai 2018), und sofern sich die Bundesregierung abermals weigert, die Route des „Hubschrauber-Rundfluges“ zu erwähnen, wie soll ich aus ihrer Sicht mein parlamentarisches Fragerecht ausüben und in Erfahrung bringen, ob der Bundesminister wie berichtet über die besetzten Gebiete geflogen ist?
79. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird der Gesetzentwurf zur Mietpreisbremse, der von der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz Dr. Katarina Barley in der „Bild am Sonntag“ vom 27. Mai 2018 angekündigt wurde, in den Deutschen Bundestag eingebracht?
80. Abgeordnete
Dr. Manuela Rottmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist nach Einschätzung der Bundesregierung gemäß § 204 Absatz 1 Nummer 1a BGB-E des Artikels 6 des Gesetzentwurfs der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer zivilprozessualen Musterfeststellungsklage“ die Verjährung eines Anspruchs durch die am 1. November 2018 erhobene Musterfeststellungsklage gehemmt, wenn die Anmeldung am 27. Februar 2019 zu dem zu einer Musterfeststellungsklage geführten Klageregister erfolgt, der erste Termin

am 1. März 2019 stattfindet und die Verjährungsfrist ohne die erhobene Musterfeststellungsklage am 31. Dezember 2018 verstreichen würde, oder wie ist die Hemmung der Verjährung nach § 204 Absatz 1 Nummer 1a BGB-E andernfalls zu verstehen?

81. Abgeordnete
**Dr. Manuela
Rottmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Warum schließt die Bundesregierung mit § 610 Absatz 2 ZPO-E aus, dass der angemeldete Verbraucher parallel zum Musterfeststellungsklageverfahren gegen den dort Beklagten individuell Klage zum selben Lebenssachverhalt und zu denselben Feststellungszielen erheben kann, und teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass zur Gewährleistung der Hemmung der Verjährung eine parallele, individuelle Leistungsklage zum selben Lebenssachverhalt und zu denselben Feststellungszielen sachgerechter wäre, da sie im Falle der unwirksamen Anmeldung die Verjährung hemmen würde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

82. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(Zwickau)
(DIE LINKE.)

Wie viele gemeldete betriebliche Berufsausbildungsstellen gab es nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren von 1991 bis 2017, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklung?

83. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(Zwickau)
(DIE LINKE.)

Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahresdurchschnitt 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016 und 2017 die Anzahl der Regelleistungsbedarfsgemeinschaften nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch in Deutschland, bei denen Kindergeld leistungsmindernd auf das Arbeitslosengeld II/Sozialgeld angerechnet wurde, und wie hoch war jeweils der Gesamtbetrag des Kindergeldes, das bei allen Bedarfsgemeinschaften in diesen Jahren und im Gesamtzeitraum 2005 bis

2017 (falls für die ersten Jahre keine Daten vorhanden: im Gesamtzeitraum ab dem frühesten Jahr, für das Daten vorhanden sind) angerechnet wurde?

84. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage von Detlef Scheele (Chef der Bundesagentur für Arbeit) in einem Interview mit dem SWR (basierend auf einem Bericht des zur Bundesagentur für Arbeit gehörenden Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung), dass inzwischen jeder zehnte Mieten einen Zweitjob ausübt (www.focus.de/immobilien/mieten/jeder-10-hat-einen-zweitjob-chef-der-bundesagentur-fuer-arbeit-sieht-hohe-mieten-als-grund-fuer-anstieg-von-nebenjobs_id_8991117.html), und was gedenkt die Bundesregierung gegen zu hohe Mieten kurz-, mittel- und langfristig zu unternehmen?

85. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwieweit erachtet die Bundesregierung den derzeitigen pauschalen Betrag von 670 Euro pro Person, der durch den Bund zur Deckung der Kosten für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz an die Länder zur Weitergabe an die Kommunen übermittelt wird, für ausreichend, um die Kosten der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz umfänglich zu decken, und sollen die Kommunen zukünftig auch für geduldete Personen, die zwar Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, für die den Kommunen gegenwärtig aber keine Kostenerstattung durch den Bund gewährt wird, die Kostenpauschale erhalten?

86. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um auf die in einer Entschließung der belgischen Abgeordnetenkammer vom 22. Dezember 2016 benannte Problematik von deutschen Rentenleistungen für ehemalige belgische Waffen-SS-Freiwillige und andere, in Belgien teilweise als Militärkollaborateure verurteilte Personen einzugehen, insbesondere in Hinsicht auf die Forderung nach Übermittlung der Empfängerdaten und einer Beendigung dieser Rentenzahlungen, auch in Hinblick auf den „Führererlass“ von 1941, der deutschstämmigen und flämischen Belgiern bei einem Beitritt zur Waffen-SS die deutsche Staatsbürgerschaft verlieh, und inwiefern hat die Bundesregierung Überlegungen angestellt, gemeinsam

